

REFERAT FÜR SAFT

AltERnativEn zu uNsEREn ENERgiEgigaNtEN

Gewinnung und Einsatz von Energie ist von weitreichender Bedeutung auf Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt. Trotzdem oder gerade deshalb darf nicht übersehen werden, daß die Verwendung von Energie nicht Selbstzweck ist, sondern dem Erreichen zivilisatorischer Ziele dient. Der gegenwärtige hohe Energieaufwand ist Folge des jahrzehntelangen billigen und reichlichen Ölangebotes zu verstehen und keineswegs als unabdingbares Merkmal einer Gesellschaft mit hohem Lebensstandard.

Im Gegenteil: Die Ära billiger Energie ist für immer vorbei, und die Verschwendung erweist sich nicht nur als umweltzerstörend, sondern auch volkswirtschaftlich als unhaltbar. Ein tiefgreifender Strukturwandel zu einer energieeffizienten und rohstoffsparenden Wirtschaft ist dringend notwendig und verdient sowohl aus ökologischen als auch aus ökonomischen Gründen absolute Priorität.

Weil die Energiepolitik Auswirkungen in die verschiedensten Lebensbereiche mit sich bringt, darf sie nicht von der Energiewirtschaft, die verständlicherweise ihre eigenen Interessen als öffentliche Interessen ausübt, dominiert werden. Wegen ihrer Vielschichtigkeit entzieht sich die Energiepolitik simplen Expertenlösungen, denn erfahrungsgemäß wird die Vernetzung der Probleme vernachlässigt. Die

Ansprüche an eine zukunftsorientierte und verantwortbare Energiepolitik sind hoch. Tragfähiges Fundament kann nur ein gesellschaftlicher Konsens über die Ziele der Energiepolitik und über die Wege zur Erreichung dieser Ziele sein. Im Anfang hat daher eine mit sachlicher Information unterstützte und demokratisch, das heißt unter Einbeziehung der Betroffenen geführte öffentliche Zieldiskussion zu stehen, die mit den heute die Energiedebatte beherrschenden falschen Alternativen aufräumt.

Aus langjähriger Erfahrung in der anstehenden Probleme sind wir optimistisch und glauben, daß ein diesbezüglicher Konsens, der volkswirtschaftliche Forderungen mit denen der Naturerhaltung in Einklang bringt, möglich ist

Der Weg ist sicherlich mühsam, aber in einer Demokratie sind verantwortbare Wirtschaftspolitik und Umweltschutz nicht billiger zu haben.

Wir schlagen vor, daß unter Beteiligung von Vertretern der Energiewirtschaft, der Arbeitnehmerorganisationen, Konsumentenvereinigungen und aller daran interessierten Umweltverbände, Bürgerinitiativen und Einzelpersonen, sowie Vertretern der Medien eine Serie von Diskussionen abgehalten wird, die der Konsensfindung über Ziele der Energiepolitik dienen. Diese Zieldiskussion sollte institutionalisiert und von den Medien unterstützt werden. Sie soll das Verständnis der vielschichtigen Vernetzung von Energieeinsatz Wirtschaft und Umweltschutz bei den beteiligten Organisationen sowie in der Öffentlichkeit vertiefen und eine Versachlichung

Gegensatz zur heutigen Wirtschaftstrategie auf Jahrzehnte die Vollbeschäftigung mit sinnvollen Aufgaben (siehe Anhang.)

Möglichst große Unabhängigkeit kleiner Einheiten (Wohnungen, Häuser, Stadtviertel, Fabriken, Landwirtschafts- und Gewerbebetriebe) von externen Energiequellen.

Der Ruf nach billiger Energie ist zwar verständlich, aber unrealistisch.

Die derzeit "billigste Energiequelle" ist die Einsparung bzw. bessere Nutzung. Innovationen zu ihrer Erschließung müssen wegen der damit verbundenen zahlreichen Vorteile - sie stehen in Einklang mit allen hier genannten Zielen - Vorrang vor dem Bau neuer großer Kraftwerke haben.

Die für Projekte (wie z. B. Hainburg, Reichraminger Hintergebirge



der Energiediskussion bewirken. Parallel dazu muß eine Auseinandersetzung über die Wege zur Verwirklichung der Ziele stattfinden.

Natur und Landschaft müssen im Bewußtsein aller als Wert verankert sein. Der Bau eines Kraftwerkes in einem Naturgebiet muß genauso undenkbar sein wie ein Umbau des Wiener Stephansdomes in ein Parkhochhaus.

Die Energiepolitik soll ein wichtiges Element eines Strukturwandels zu einer umweltverträglichen Wirtschaft und Technik sein (wichtigste Kriterien: energieeffizient, ressourcenschonend dezentral, flexibel, "sanft"). Dieser Strukturwandel sichert im

Dorfertal, Stubaital, Illkraftwerke, Bregenzer Ache u.v.a. Wasserkraftwerke, aber auch kalorische Kraftwerke wie z. B. Riedersbach 2, Timmelkam 4, Voitsberg 3) vorgesehenen Investitionssummen sind zweckgebunden für Energiesparmaßnahmen einzusetzen. Aus volkswirtschaftlichen und umwelthygienischen Gründen wird eine Nicht-Inbetriebnahme des Kraftwerks Dürnrohr empfohlen.

Das Atomsperrgesetz darf nicht angetastet werden.

Eine vernünftige Energiepolitik ist ein wichtiges Element und Instrument eines Strukturwandels hin zu einer umweltverträglichen, ressourcenschonenden Wirtschaft,

die als einzige langfristig Wohlstand und Vollbeschäftigung möglich macht.

Sie kann die scheinbaren Widersprüche, die zwischen Energieversorgung und Umweltschutz bestehen, überwinden und ist deshalb konsensfähig.

Als technische Maßnahmen zur Erreichung der angestrebten Ziele schlagen wir vor:

1. Volkswirtschaftliche optimale Wärmedämmung der Gebäude

Die Baunormen sollen an schwedische Vorbilder angepaßt und volkswirtschaftlich optimale Wärmedämmung von Gebäuden vorgeschrieben werden.

2. Dezentrale Energiesysteme

Es sind dies z. B. Solaranlagen zur Warmwasserbereitung oder Anlagen zur kombinierten Erzeugung von Wärme und Strom, die etwa mit Erdgas oder Diesel, aber auch lokal verfügbaren Abfällen aus Biomasse (Stroh, Holz oder Biogas) betrieben werden.

Die Errichtung dieser Systeme dieser Systeme soll aus dem zu gründenden Energiesparfonds gefördert werden, die Beratung soll durch neu einzurichtende Energieservicestellen gewährleistet sein. Ausgeschlossen aus der Förderung sollen Stromheizungssysteme und elektrische Wärmepumpen sein, da beide Energievergeudungen darstellen, die praktisch immer vermeidbar sind.

3. Energieeffiziente Geräte

Einführung einer Auszeichnungsplakette: Geräte, die auch nach einer genügend langen Gebrauchsdauer einen Wirkungsgrad aufweisen, der über einer genau festgelegten Grenze liegt, sollen mit der Plakette "energiesparendes Gerät" ausgezeichnet werden.

4. Erhöhung des Anteils wiederverwertbarer Rohstoffe

Mindestens 80 %-ige Wiederverwertung von Metallen, Kunststoffen, Glas und Papier. Einführung einer 80 %-igen Mindest-Recycling Quote von Alugebinden (Handhabung wie in Schweden).

5. Volkswirtschaftlich optimaler Verkehr

Wirksame Förderung des öffentlichen Verkehrs (Senkung der Tarife) mit Mitteln aus der Mineralölsteuer.

Drastische Einschränkung des Straßenbaus auf Instandhaltung des bestehenden Straßennetzes, Umorientierung der Baukapazität auf neue Aufgaben (z.B. Fernwärmenetze).

6. Kraft-Wärme-Kopplung in kalorischen Kraftwerken zur rationellen Ausnützung fossiler Energieträger

Der Mißstand, daß eine Anlage wie Dürnrohr mit einer Million Kilowatt die Donau heizt (was etwa 1 Milliarde Schilling pro Jahr kostet), ist volkswirtschaftlich nicht akzeptabel. Eine kritische Beurteilung würde mit Sicherheit ergeben, daß die Nicht-Inbetriebnahme des Kraftwerks Dürnrohr langfristig volkswirtschaftlich günstiger ist. Aus einem Joule Brennstoff-Energie sollen mindestens 0,33 Joule Strom an der Kraftwerks-Generatorenklemme und 0,47 Joule nutzbarer Raumheizwärme am Ort des Verbrauchers gewonnen werden, die bisher durch eine Hausbrandfeuerung hergestellt wurde. Diese Mindestwirkungsgrade sollen bei Inbetriebnahme neuer Kraftwerke gelten. Altkraftwerke sollen innerhalb von 5 Jahren auf den Mindestwirkungsgrad gebracht oder stillgelegt werden.

Das Wärmeverteilungsnetz soll von den Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) gebaut und finanziert werden. Die Fernwärme soll ohne Anschlußkosten und zu einem Preis angeboten werden, der deutlich unter dem fossiler Energie liegt (Niedrigtemperaturwärme ist ja auch energetisch weniger wertvoll als die entsprechende Menge fossiler Energie).

7. Volkswirtschaftlich vertretbare, umweltgerechte Energie-tarife

Der Preis pro Joule verbrauchten Stroms oder Erdgases soll mit dem Verbrauch ansteigen und nicht - wie gegenwärtig - absinken, weil damit zur Zeit die Energievergeudung tariflich gefördert wird.

Es soll keinen oder einen negativen Grundpreis für Gas- und Stromverbrauch geben, der Arbeitspreis soll dementsprechend erhöht werden. Durch den negativen Grundpreis würden die sparsamen Kleinstverbraucher von Energiekosten entlastet werden.

8. Steuerliche Voraussetzungen einer Effizienz-Steigerung der Energienutzung

Es sollten die Mehrwert- und Einkommensteuer gesenkt und eine Energieabgabe eingeführt werden, dies zumindest aufkommensneutral oder zugunsten der Verbraucher. Ein Großteil der Geldmengen, die derzeit für Kraftwerksbau und Energieeinführen ausgegeben werden, werden für den Arbeitseinsatz von Österreichern in

energieextensiven, umweltfreundlichen und zukunftssträchtigen Branchen verfügbar.

9. Einrichtung eines "Energiefonds"

Aus diesem Fonds werden Kredite für Maßnahmen zur besseren Energienutzung ausbezahlt. Die Zinsen dieser Kredite sind gestützt, wobei die jährliche Rückzahlungsraten kleiner ist als der Gegenwert aus der jährlichen Energieeinsparung. Dieser Kredit soll aus dem Energieverkauf der Energieversorgungsunternehmen (EVU's) und aus Mitteln einer etwaigen Energieabgabe gespeist werden.

10. Energie-Service-Stellen

"Energie-Service-Stellen" sollen eingerichtet und aus dem Energiefonds finanziert werden.

11. Nutzung industrieller Abwärme

Schaffung von Rahmenbedingungen, die die Nutzung von industrieller Abwärme für Stromproduktion und Raumheizung in größtmöglichem Umfang gewährleisten.

12. Neuauslegung des Versorgungsauftrages der EVU's

Der Versorgungsauftrag der Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) ist neu auszulegen und zu erweitern. Der gesetzliche Auftrag zur Gewährleistung der Stromversorgung wurde bisher vor allem als Auftrag zur Gewährleistung der Stromversorgung wurde bisher vor allem als Auftrag zum Bau neuer Kraftwerke ausgelegt, was in erster Linie im betriebswirtschaftlichen Interesse der EVU's liegt.

13. Umweltverträglichkeitsprüfung

Bedarfsnachweis- und Umweltverträglichkeitsprüfung ist bei allen Kraftwerksbauten und energietechnischen Anlagen vorzuschreiben. Vom Anlagenbau im weitesten Sinne Betroffene bekommen Parteienstellung im Genehmigungsverfahren.

14. Demokratisierung der energierechtlichen Grundlagen

Verfassungsrechtlich bedenkliche Gesetze und Verordnungen sind außer Kraft zu setzen. Dies betrifft unter anderem die Bestimmungen über den bevorzugten Wasserbau.

(Auszug aus Energiekonzept, das von Dr. Peter Weish u. a. erstellt und in der letzten Woche den Politikern und der Öffentlichkeit zur Diskussion vorgelegt wurde.)